

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 55 (1975-1976)
Heft: 3

Artikel: Frankreich nach einem Jahr Giscard d'Estaing
Autor: Keller, Paul
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-163081>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

PAUL KELLER

Frankreich nach einem Jahr Giscard d'Estaing

Mit seinem Tod mitten im Amt und nach Ablauf von knapp fünf Jahren seines Septennats hat Georges Pompidou am Abend des 2. April 1974 die Ära des Gaullismus abgeschlossen, und für Frankreich hat eine neue politische Zeitrechnung begonnen. Was bisher noch auf der Heldenmythologie der Résistance-Bewegung des Zweiten Weltkriegs aufgebaut war und in seiner politischen Substanz für sich in Anspruch nahm, zwischen den gesellschaftlichen Gegensätzen verbindend zu wirken und den Klassenkampf zu «überwinden», wurde mit Georges Pompidou in der Gräberreihe von Orvilliers beigesetzt. Die Stunde einer neuen Auseinandersetzung war gekommen, und sie brach auch ohne Verzug und geräuschvoll in der Form einer Wahlkampagne von noch nie erreichter Intensität über das Land herein. – Mittlerweile hat der Amtsnachfolger, Valéry Giscard d'Estaing, dem ersten Jahr seines Septennats und der «staatspolitischen Geschäftsführung» das Gepräge eines neuen Regierungsstils und vor allem des reformfreudigen Neuerungsstrebens verliehen.

Kräftebalance wie 1946?

Auf den ersten Blick hat sich im Leben der Volksgemeinschaft, wie es nach aussen hin in Erscheinung tritt, wenig geändert, es seien denn die vorab ökonomischen und sozialen Situationsveränderungen, die sich mittlerweile sozusagen der ganzen Industriewelt bemächtigt haben: Zweistellige Teuerungsraten, Flucht in die Realwerte, Anstieg der Arbeitslosigkeit und als Folge davon eine generelle Verschärfung des Tons im politischen Dialog.

In dieser geräuschvoller werdenden Auseinandersetzung über die Sozialbedingungen im allgemeinen widerspiegelt sich eindeutig die verschlechterte Wirtschaftslage und die Beunruhigung ob der nun mit 800 000 zu Buche stehenden Arbeitslosenziffer (4% der Erwerbstätigen), welche die inflatorische Teuerungsraten von 16% (Jahresrhythmus) im Mai 1974 auf gut 13% im Mai 1975 heruntergedrückt hat. Trotz dieser wirtschaftlichen Umweltverschlechterung und der damit zusammenhängenden Verschärfung des Tons im sozialen Dialog hat sich aber eine eindeutige Rückbildung der messbaren Sozialkonflikte eingestellt:

Zahl der durch kollektive Arbeitskonflikte verlorenen Arbeitstage

1971	4,48 Millionen
1972	3,80 Millionen
1973	3,90 Millionen
1974	3,38 Millionen

Während anfangs 1974 in der Öffentlichkeit noch der Eindruck vorherrschend war, die Krisensymptome wären leicht überwindbar und das Konjunkturpendel erhalte demnächst neuen Schwung, setzte sich im Lauf der zweiten Jahreshälfte und zu Beginn von 1975 immer mehr ein Krisenbewusstsein durch, das die Arbeiterschaft zu erhöhter Zurückhaltung gegenüber Kampf- und Streikparolen veranlasst hat. Die lautstarken und zum Teil aggressiven Akzente der Oppositions- und Gewerkschaftsführer stehen daher in relativem Missklang zur wirklichen Lage.

Auf dem Hintergrund der prekären, jedoch keineswegs katastrophalen Wirtschaftslage steht der Alltag heute mehr denn je im Zeichen des Kräftemessens zwischen einer bürgerlich-liberalen Gesellschaft und einer sozialistisch-kommunistischen Linksunion, die mit ihrem Kandidaten François Mitterand am 19. Mai in unmittelbare Griffnähe der Staatsführung gelangt war¹. Wer als ausländischer Zaungast diese Vorgänge nur episodisch beobachtet, findet an diesem eindeutig klaren Frontverlauf zwischen «liberal» und «kollektivistisch» nach traditionellen marxistischen Kategorien und Wertestufungen durchaus nichts Abnormales. Ganz im Gegenteil, vollzieht sich doch praktisch überall die politische Grenzziehung nach Kriterien, die auf das Eigentum der wirtschaftlichen Produktionsmittel, das Eigentum und die Eigentumsbildung schlechthin, sowie auf die Güterverteilung bezogen sind.

Das war in Frankreich während Jahrzehnten nicht mehr der Fall. Einzig im kurzen Zeitabschnitt unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg bis zur Entstehung der ersten kolonialpolitischen und -strategischen Fronten vollzog sich ein nach gesellschaftspolitischen und materiellen Kriterien geführter Machtkampf zwischen «bürgerlich» und «kollektivistisch». Er gipfelte in der Volksabstimmung von 1946 über den zur Hauptsache von der Linken ausgearbeiteten Verfassungsentwurf, der mit 53% Nein-Stimmen verworfen wurde. Man ist geneigt, die 51%, die Giscard d'Estaing am 19. Mai 1974 auf den Sessel der Präsidentschaft gehoben haben, mit den 53% zu vergleichen, die 28 Jahre zuvor den Verfassungsentwurf der Linksparteien verwarfen.

Zweifellos kann hieraus auf eine gewisse Beständigkeit geschlossen werden, doch sind den Vergleichsmöglichkeiten technische Schranken gesetzt, die eine korrekte Interpretation der Rückbildung des «bürgerlichen Blocks» von 53 auf 51% schwerlich zulassen.

Von den ersten drei Nachkriegsjahren abgesehen, als die Linke mit dem Druckmittel grossangelegter Streiks zur Offensive angetreten war, verlief die Grenzziehung zwischen bürgerlich und sozialistisch praktisch von 1939 bis im Frühjahr 1974 in unklarer Mehrsinnigkeit: Nicht mehr die Bezugspunkte zum Eigentum und zur Güterverteilung waren massgebende politische Standortskriterien, sondern das Verhältnis zur deutschen Okkupationsmacht, zur Entkolonialisierung, zur amerikanischen Präsenz in Europa ... Kurz, die politischen Massstäbe, wie sie etwa zur Zeit der Volksfrontregierung (1936) und ihres Krisenmanagements im Kurs standen, waren bis 1974 nurmehr nebenbei im Gebrauch, denn ganz andere Problemkategorien beherrschten die politische Landschaft Frankreichs.

Ende der kolonialen Phase

So war es einer sorgfältigen Propaganda gelungen, den Widerstand gegen die deutsche Aggression mit einem Kampf und Sieg gegen eine ultra-reaktionäre und rechtsextreme Macht zu identifizieren, und folglich den Sieg auf die Aktivseite der sozialistisch inspirierten Ideologien zu buchen. Der Umstand, dass der Nationalsozialismus mindestens ebenso sozialistisch wie nationalistisch war, hat diesem populären Irrglauben² keinerlei Abbruch getan. Er bildet bis heute eine der zentralen Tragsäulen des kommunistischen Werbearsenals in Frankreich und leistet in dieser Funktion seltsamerweise immer noch beste Dienste.

Die zwölf Jahre der Vierten Republik standen innenpolitisch im Zeichen des Wiederaufbaus, und aussenpolitisch waren sie beherrscht von der europäischen Integrationsidee, als deren Exponenten vor allem Robert Schumann und Jean Monnet in Erscheinung traten. Die ernste Gefahr für jenes politisch schwankende System, nämlich das Heraufziehen der grossen Kolonialkonflikte in Indochina und Nordafrika, wurde zunächst entweder überhaupt nicht wahrgenommen oder dann auf seinen militärischen, wenn nicht gar polizeilichen, Nennwert reduziert. Als die Bedrohung endlich in ihrer ganzen Gravität erfasst wurde, war der Ruf nach dem Retter in der Not (Mai 1958) der einzige noch offenstehende Ausweg für den Erhalt einer demokratischen Staats- und Rechtsordnung, wie sie den Franzosen trotz der kolonalpolitischen Strapazierung ihrer eigenen Vorstellungen der menschlichen Würde und Freiheit nach wie vor Leitbild war.

Im Gegensatz zum Zweiten Weltkrieg, der das nationale Geschehen während nur sechs Jahren beherrschte, hat die koloniale Krisenphase, die von Ende der vierziger Jahre bis zum Friedensschluss von Evian (1962) – also doppelt so lange – dauerte, praktisch keine Spuren hinterlassen, obwohl sie

eine tiefgreifende politische Meinungsspaltung mit sich brachte. Während mehr als zwölf Jahren verhinderte sie die klare auf die Eigentums- und wirtschaftlich-gesellschaftlichen Strukturbegriffe bezogene Auseinandersetzung. Zu Beginn dieser später blutig werdenden Konflikte stimmte die Linke mit dem bürgerlichen Lager im Postulat des Erhalts der kolonialen Überseebesitzungen völlig überein. Der Kommunistenführer Maurice Thorez sprach sich 1946 ausdrücklich gegen die Einholung der französischen Fahne in Indochina aus³, und als im November 1954 in Algerien die ersten Schüsse knallten, war es François Mitterand, der erklärte: «Unsere einzige Verhandlung ist der Krieg»⁴.

Das gestörte Unionskonzept

Mit der Unterzeichnung des Evian-Friedens waren zwar in Frankreich die Voraussetzungen für die Wiederherstellung eines normalen politischen Lebens erfüllt. Doch verstrichen abermals zwölf Jahre, bis sich das Kräfte messen zwischen den bürgerlichen und den sozialistischen Strömungen entfalten konnte: Bis 1969 war es de Gaulle selber, sodann und bis zum 2. April 1974 sein Nachfolger Pompidou, die sich mit Absicht zwischen die Lager stellten, um einen offenen Konflikt zu verhindern: Der Gaullismus hatte sich ja seit Anbeginn, als er noch die Résistance inspirierte, immer als überparteiliche Bewegung vorgestellt, als «Volkssammlung» (Rassemblement du peuple français, RPF), später als «Union». Seine Ambition war es – und ist es immer noch – zwischen den gesellschaftlichen Gegensätzen Brücken zu schlagen und die Klüfte zu überwinden. Chaban-Delmas hatte dieses Leitmotiv auf seine Fahne im Wahlkampf geschrieben, und der ehemalige Aussenminister Michel Jobert hat daraus ein Werbeargument für seine neue Parteibewegung gaullistischer «Reininspiration» gemacht.

Die Geburtswehen der neuen Mehrheit sind zur Hauptsache darauf zurückzuführen, dass Valéry Giscard d'Estaing von diesem Grundpostulat des Gaullismus abgerückt ist. Er tat es, wie alles, sachte und geräuschlos, aber deutlich genug, um den Gewalthaufen der Gaullisten, der ihm zunächst wohl oder übel folgen musste, zu verwirren und zu verängstigen. Als offizieller UDR-Kandidat im ersten Wahlgang schilderte der vormalige Premierminister Chaban-Delmas seinen Rivalen Giscard d'Estaing als Vertreter einer bürgerlichen Reaktion, dessen Wahl dem Land nur eine Verschärfung der Klassengegensätze und der zu befürchtenden sozialpolitischen Wirren bringen könne.

Erst sieben Monate nach seiner Wahl machte sich der neue Präsident an das gaullistische Bollwerk der UDR heran, indem er seinen dieser Bewegung entstammenden Premierminister Jacques Chirac vorschickte, der im Zug eines «Überraschungsangriffs» im Zentralkomitee und im Nationalausschuss den Generalsekretär von Pompidous Gnaden, Alexander Sanguinetti, ausbooten und sich an seiner Stelle wählen liess. Die gaullistischen «Barone» wie Michel Debré sprachen Tadel aus, Chaban-Delmas nannte das Vorgehen einen Gewaltsstreich, der ehemalige Gesundheitsminister Boulin gab seinen Austritt, Couve de Murville murmelte halblaut etwas von «Gaukelposse» und hüllte sich sodann in diplomatisches Schweigen. Noch ehe das Murren verstummt war, hatte Chirac seinen Blitzkrieg gewonnen und die UDR, die nie an selbständiges Handeln gewöhnt war, fest in seiner Hand.

Damit war der Weg für eine klare Staatsführung ohne Koalitions-kompromisse frei, und der Eindruck, die Meinungsbildung gehe wieder nach den althergebrachten weltanschaulichen Vorstellungen vor sich, ging gefestigt aus dem «Gewaltakt» Chiracs gegen die UDR hervor. In Wirklichkeit nahmen die Dinge jedoch abermals einen anderen Verlauf.

Neuerungen für Jugend und Frau

Giscard d'Estaing hatte im vergangenen Frühjahr seinen Wählern das «Changement» versprochen. Worin die Neuerungen bestehen würden, mit denen er aufwarten wollte, hat er aber nur undeutlich oder gar nicht erkennen lassen. Seither ist ein Jahr ins Land gegangen, und bereits kann der neue Staatspräsident eine ganze Reihe von teils tiefgreifenden Reformen auf die Aktivseite seiner Regierungsbilanz schreiben, die sich zum grössten Teil nicht in die kategorielten politischen Schemen einreihen lassen, die gewöhnlich zu den weltanschaulichen Attributen des reaktionären Bürgertums gehören.

Zu den ersten Grundreformen gehört die Hinabsetzung der Volljährigkeit von 21 auf 18 Jahre. Ursprünglich wollte Giscard d'Estaing eigentlich nur das Alter der Stimmfähigkeit reduzieren, stiess dann aber auf die in Verfassungsartikel 3 enthaltene Bestimmung, wonach alle «volljährige» Staatsbürger ihre Rechte an der Urne ausüben können. Somit hätte eine Differenzierung zwischen Volljährigkeit und Stimmfähigkeit eine Verfassungsänderung erfordert, der man in Anbetracht des ohnehin belasteten politischen Programmes und der zu erwartenden politischen Auseinandersetzung aus dem Weg gehen wollte. Schliesslich ging das neue Volljährigkeitsgesetz anstandslos über die parlamentarische Bühne mit dem einerseits zweifellos positiven Ergebnis einer politischen Bewusstseins- und Verant-

wortungsbildung in der heranwachsenden Jugend und der anderseits bedenklichen Nebenwirkung unzähliger neuer Problemstellungen in den Familien. Obendrein fiel nun auch der noch bestehende sittenpolizeiliche Minderjährigenschutz für die Alterskategorie zwischen 18 und 21 Jahren, und die Zuhälter von Pigalle konnten das glückliche Ereignis bei einer festlichen Champagnerflasche feiern ...

In einem weiteren, sekundären Reformbereich wurden durch Giscard d'Estaing die bereits vor ihm legalisierten Verhütungsmittel in den Bereich der von der öffentlich-rechtlichen Sozialversicherung übernommenen Pharmaka eingeschlossen. De Gaulle, der seinerzeit unter dem Druck der gaullistischen Partei in die Liberalisierung der Verhütungsmittelgesetze eingewilligt hatte, war aber in bezug auf die Kostenerstattung durch die Sozialversicherung fest geblieben mit dem Hinweis: «Hier geht es nicht um Krankheit, sondern um Lustbarkeit» (divertissement). Diese Schranke ist nun gefallen und gleichzeitig auch das Verbot der Verhütungsmittelabgabe ohne elterliche Erlaubnis an Minderjährige (unter 18 Jahren).

Ein grosser Schritt auf dem Gebiet des Rechts der Frau vollzog sich schliesslich mit der Legalisierung der Abtreibung nach Massgabe der so genannten Fristenregelung.

Die neue Gesetzgebung über die Rechte des weiblichen Geschlechts, nämlich die Ausdehnung der Verhütungsmittelverordnung und der Schwangerschaftsabbruch enthalten in mehrfacher Hinsicht fundamentale rechtliche Neuerungen. So ist jede kommerzielle Publikumswerbung für die Verhütungsmittel verboten, ebenso die Werbung für Abtreibungsanstalten, auch wenn diese die durch das Gesetz vorgeschriebenen Voraussetzungen erfüllen. Ferner werden die Domizilausländer vom Abtreibungsgesetz ausgeschlossen. Schliesslich gilt dieses Abtreibungsgesetz nur für die Dauer von fünf Jahren und muss anschliessend aufgrund der gesammelten Erfahrungen revidiert werden. – Die auf die Frau bezogenen Rechtsneuerungen sind also noch lichtscheu und mit der zitternden Feder eines Gesetzgebers verfasst, der sich bewusst ist, einen Missstand zu legalisieren, dem die bisherigen Rechtsmittel nicht Herr geworden sind.

Neuüberdenken des Betriebs- und des Bodenrechts

Unter den noch in der Ausarbeitung stehenden grossen Reformen verdienen vor allem die geplanten Neuerungen im Bereich des Unternehmens und des Bodenrechts hervorgehoben zu werden. Der Umbruch ist hier im Gegensatz zur neuen Volljährigkeit, der Verhütungs- und der Abtreibungsliberalisierung noch nicht abgeschlossen, sondern erst in einem Plan (Be-

triebsreform) und einem Gesetzesentwurf (Bodenrecht) skizziert. Doch dürfen die Gesetzesverfahren in beiden Fällen noch dieses Jahr abgeschlossen werden.

Nach der Vorstellung Giscard d'Estaings ist der Zeitpunkt gekommen, eine tiefgreifende Reform in den Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in die Wege zu leiten. Im Gegensatz zu de Gaulle wendet er sich nicht den utopischen Plänen einer «Vergesellschaftung» von Kapital und Arbeit zu. Auch werden nicht ausländische Leitbilder zur Einführung des Mitbestimmungsrechts (etwa wie in der deutschen Montanindustrie) nachgeahmt. Das nach einem umfassenden Vernehmlassungsverfahren vorgelegte Projekt gipfelt im Vorschlag eines «Mitüberwachungssystems», das den Arbeitnehmern in den Verwaltungs- oder Aufsichtsräten eingeräumt werden soll.

Mit der Bodenrechtsreform nimmt die Regierung eine einschneidende Beschränkung der Eigentumsfunktion vor: Die Landüberbauung darf nur mehr im Rahmen eines Koeffizientensystems vorgenommen werden und wird darüber hinaus abgabepflichtig. Der Koeffizient beträgt 1 und in Paris 1,5. Das heisst, ein Landstück von 1000 m² darf mit 1000 m² Wohn- oder Nutzfläche (in Paris mit 1500 m²) frei überbaut werden. Was an Bauvorhaben (natürlich im Rahmen der ohnehin zwingenden Bewilligungsverfahren) darüber hinausgeht, hat im Umfang der Koeffizientenüberschreitung den Gemeinden Abgaben zu leisten. Damit soll die Landspekulation verhindert werden. Nach den erstellten amtlichen Rechnungen wären letztes Jahr nur 2% der erteilten Baubewilligungen unter diese Regelung gefallen, jedoch annähernd die Hälfte der betroffenen Gelände preise. – Dieses Gesetz, das am 22. April durch den Ministerrat zum Regierungsentwurf zu handen des Parlaments erhoben wurde, nimmt für sich in Anspruch, langfristig das Grundeigentum vor dem kollektivistischen Zugriff zu schützen, dem es zuzufallen droht, wenn die Spekulationsmissbräuche nicht in sinnvoller Weise unterbunden werden.

Das Selbstverständnis des Staates und sein Wandel

Diese auf breiter Basis angelegten Reformmassnahmen spielen sich auf dem Hintergrund gefestigter Institutionen ab. Der grosse institutionelle Rahmen wird heute sozusagen von keiner Seite mehr ernsthaft in Frage gestellt. In diesem Punkt erweist sich das gaullistische Verfassungswerk als von einer hervorragenden Stabilität. Unter de Gaulle überwog einst noch der Eindruck, gleichzeitig mit der überragenden Wortfassade des grossen

Mannes breche eines Tages das System zusammen. Heute, da sich weder Giscard d'Estaing noch Mitterand auf de Gaulles Erbe berufen, herrscht zwischen den beiden beinahe Übereinstimmung über den Erhalt des gaulistischen Verfassungssystems.

Dieses «stille Einvernehmen» ist wohl das deutlichste Zeichen des im Grunde vorliegenden staatspolitischen Selbstverständnisses, das übrigens sowohl auf Regierungs- wie auf Oppositionsseite Detailretouchen an der Verfassung keineswegs ausschliesst. Bedenkt man aber, wie scharf und hart etwa 1963 die Einführung der Volkswahl des Staatsoberhaupts bekämpft wurde, und dass heute eine Rückkehr zur Wahl durch die Grossenwahlkommissionen von der Opposition nicht einmal in Erwägung gezogen wird, erhellt das die weite Wegstrecke, die seit zwölf Jahren zurückgelegt wurde.

Man darf sich bei dieser Feststellung allerdings nicht durch den Scheineffekt beirren lassen, der seit einigen Jahren von der kommunistischen «Image»-Politik ausgeht. Was das staatspolitische Selbstverständnis der Franzosen in früheren Zeiten immer wieder in Zweifel zog, war vor allem das Vorhandensein einer starken und sehr aktiven kommunistischen Partei, deren Leitung ihrerseits meist zu Recht im Rufe stand, Weisungen aus Moskau zu empfangen und sich über die französischen Nationalinteressen hinwegzusetzen. Indem die KPF seit gut zehn Jahren dieses «Image» in mühevoller und sorgfältiger Kleinarbeit zu verbessern versuchte, vollzog sich allmählich auch eine neue Nuancenfärbung im politischen Stimmungsbild: Das Selbstverständnis scheint gefestigt, und wenn es da und dort von extremistischen Aktionsgruppen in Frage gestellt wird, nimmt sich die kommunistische Bejahung der öffentlichen Ordnung um so positiver und in letzter Analyse auch systemerhaltend aus.

In der grossen «contestation» des Frühjahrs 1968, als mit einem Mal nicht nur das Selbstverständnis des ganzen hierarchischen Systems, sondern auch des Staates schlechthin in Frage gestellt war und bedrohlich zu wanken begann, waren die kommunistische Partei und die ihr nahestehenden Gewerkschaftsverbände gegen diesen wilden Ansturm auf die gesellschaftlichen Strukturen angetreten. Indem es ihnen gelang, die gegen das hierarchische System im allgemeinen gerichteten Forderungen in (zwar massive) Lohnforderungen umzuwandeln, haben sie einen wesentlichen Beitrag an den Erhalt der bestehenden Ordnung geleistet, und aus dieser Haltung erwuchs schliesslich ein politischer Rehabilitierungstrend, der nicht nur auf kommunistischer Seite eindeutig auch als das empfunden wurde. Den daraus resultierenden politischen Vertrauengewinn hat die KPF einige Monate später zu schützen gesucht, indem sie erstmals ein öffentliches Wort der Missbilligung an die Adresse der Sowjetunion wagte, als diese mit Waffengewalt in der ČSSR die sozialistische Ordnung wiederherstellte.

KPF: Rehabilitierung und Schwächung

Schenkt man den Meinungsumfragen Glauben, ist die Phase der Ächtung der kommunistischen Partei durch den überwiegenden Teil der Bevölkerung heute vorbei; von den meisten würde wohl auch die Aufnahme kommunistischer Minister ins Amt akzeptiert. So ergab eine «Sofres»-Umfrage des Pariser «Figaro», dass 49% der befragten Personen der Überzeugung sind, der in Frankreich regierende Kommunismus würde die öffentliche Meinungs- und Redefreiheit gewährleisten; 56% denken, dass er den personellen Privatbesitz unangetastet liesse und 41% sind der Ansicht, dass unter ihm auch die politischen Rechte der Opposition nicht geschmälert würden. Nur 36% sind gegenteiliger Meinung, was die Redefreiheit anbelangt, 28% sind es in bezug auf das Privateigentum und 38% in der Frage der Rechtsgewährung zugunsten der Opposition. (Die verbleibenden Prozentpunkte entfallen auf die «leer» eingegangenen Antworten⁵.)

Daraus kann entnommen werden, dass die Kommunisten heute in Frankreich nicht mehr den politischen Abschreckungseffekt ausüben, der einst an ihnen haftete. Die Frage, ob dieser Umschwung des politischen Empfindens gerechtfertigt ist oder nicht, braucht an dieser Stelle nicht entschieden zu werden. Die Feststellung des Phänomens allein genügt, um die erfolgte Hebung des nationalen Selbstverständnisses zu einem grossen Teil zu erklären, ist doch effektiv das nationale Bewusstseinsempfinden heute von der kommunistischen Seite her viel weniger in Frage gestellt als etwa in den fünfziger Jahren. Dazu kommt noch ein anderes: Während die Kommunisten in den ersten Urnengängen nach Kriegsende noch 26 und sogar 27% der Wählerstimmen auf ihre Kandidaten oder Parolen vereinten, liegt die Quote heute nurmehr auf 18%, was einer Verringerung der politischen Wasserverdrängung um rund 33% entspricht.

Stimmungsmässig dominiert daher der Eindruck, die KPF habe mit ihrem Anschluss an die Linksunion (Sozialisten, Kommunisten und Linksradikale) eine Fehlrechnung gemacht. Einige gründliche Versager der Unionsdisziplin haben diesen Eindruck auch materiell bestätigt, indem die Stimmübertragung im zweiten Wahlgang auf den bestplazierten Unionskandidaten im allgemeinen wohl zugunsten der Sozialisten und der Linksradikalen eingehalten wurde, dort aber, wo der Bestplazierte ein KPF-Mitglied war, letztlich zugunsten des bürgerlichen Anwärters spielte.

Seit September herrscht in der Linksunion eine Krise, die ihren Anfang mit diesen Versagern der Unionsdisziplin nahm. Aber wahrscheinlich ist der sichtbare Krisenabschnitt nur die Spitze des Eisbergs, dessen grösster Teil dem Auge verhüllt bleibt: Die Leitung der KPF wusste stets, dass sich sozialistisches und linksradikales Stimmvolk nur in bescheidenem Masse

an die Wahlparolen ihrer Führungskräfte hält. Der Grund zur Aufregung liegt anderswo: sehr wahrscheinlich darin, dass die Linksunion vor allem den nicht-kommunistischen Mitgliedern Erfolg gebracht und Mitgliederzuwachs gefruchtet hat. Das Cliché vom kommunistischen Wolf, der im Unionsstall die sozialistischen und linksradikalen Lämmer reisst, entspricht längst nicht mehr einer seriösen Arbeitshypothese; im Gegenteil: Es ist ein Abwanderungstrend von kommunistischem Stimmvolk ins sozialistische Lager Mitterands hinüber erkennbar. Das hat die KPF-Leitung veranlasst, vom 24. bis am 27. Oktober 1974 den 21. (ausserordentlichen) Kongress abzuhalten und den Delegierten eine Aktionslinie vorzuzeichnen, die sich deutlicher auf das Revolutionsziel beruft und die Grenzen zum Sozialismus Mitterands klarer zieht.

So wie die Dinge heute liegen, scheint sich ein Bruch unter den konstituierenden Parteien der Linksunion mittelfristig nicht abzuzeichnen. Aber sicher ist, dass der sozialistisch-kommunistische Konflikt die Grenzen einer politischen Union von dieser Sorte sichtbar gemacht hat. Würde man die Betrachtung auf diesen Situationsaspekt allein beschränken, ergäbe sich daraus schon die Feststellung eines beachtlichen Umschwungs seit dem Tode Pompidous.

Opportunismus als Staatsräson

Gewiss, der Alltag hat sich kaum verändert: die dominierenden Lebensprobleme liegen weniger auf der ideologisch-politischen als auf der wirtschaftlichen Ebene. Die inflationäre Teuerungsrate und die Arbeitslosigkeit haben ein Ausmass, das im Grunde die ideologischen Konflikte weit überschattet. Die Ära Giscard d'Estaings steht im Zeichen des Stabilitätsversprechens, von dessen Einlösung das Urteil abhängt, zu dem die Bevölkerung durch den Präsidenten selber herausgefordert ist.

Giscard d'Estaing ist zweifellos ein Staatsmann von aussergewöhnlichem Talent. Mit seiner Politik, die die Hauptlast der Inflationsbekämpfung den besitzenden Volksschichten aufbürdet und den höchsten Leistungstribut der Arbeitgeberschaft abverlangt, zieht er den Preis dafür ein, das Land im Mai 1974 vor einer sozialistisch-kommunistischen Allianzregierung bewahrt zu haben. Diese Taktik, die ihm zwar offene Rüge der Bedrängten einträgt, ist insofern geschickt, als sie im ersten Jahr seiner Machtausübung die Linke verwirrte, in die Enge trieb und in der Aktionsfähigkeit lähmte. Mittlerweile ist ihm auch eine Verbesserung seiner Sympathiequote gelungen, indem heute 56% der Bevölkerung auf Testumfrage seine Aktion «positiv» einschätzen, während nur 29% das Adjektiv «negativ» wählen⁶.

Sieht man sich aber die Politik aus der Nähe an, die dieser Würdigung unterzogen wird, so bekommt man das ungute Gefühl, hier werde nicht immer nach Massgabe eines soliden Konzepts vorgegangen, sondern nach Überlegungen aus dem Bereich der «Public Relations». Das vom neuen Präsidenten in die Wege geleitete «Changement» ist eine Politik permanenter Anpassung der Wertmasse an das mit mehr oder weniger Zuverlässigkeit ermittelte wechselvolle Wertempfinden des Volkes. Ob es sich dabei um eine weise Staatsführung handelt, und dazu auch um eine dem Menschen zum Vorteil gereichende Politik, ist eine offene Frage. Nach der Ansicht des Schreibenden ist sie negativ zu beantworten, denn das Fehlen einer klaren weltanschaulichen Standortbestimmung treibt die Staatsräson stets ins Zentrum des Parallelogramms der Kräfte, im Grund in den Opportunismus hinein.

¹Von den 26,367 Mio. abgegebenen Stimmen (86,17%) entfielen am 19. Mai 1974, also im zweiten Wahlgang, 50,81% auf Valéry Giscard d'Estaing und 49,19% auf François Mitterand. – Im ersten Wahlgang (5. Mai), als die Stimmabstimmung 83,45% erreichte, insgesamt aber zwölf Kandidaten um die Gunst der Wähler warben, hatten Giscard d'Estaing 32,60% und Mitterand 43,24% erreicht. Auf Chaban-Delmas entfielen damals 15,10 Stimmenprozent, auf den Konservativen Royer 3,17 und die Trotzkistin Laguiller 2,33%. Der

unter den Fahnen des Umweltschutzes in den Kampf gezogene Dumont brachte es noch auf 1,33%, während die sechs verbleibenden Kandidaten mit weniger als einem Stimmenprozent auf der Strecke blieben. – ²Wilhelm Röpke, Jenseits von Angebot und Nachfrage (Rentsch-Verlag). – ³Philippe Devillers, Histoire du Viêt-Nam (1940–1952) (Ed. Seuil). – ⁴Charles-Henri Favrod, La révolution algérienne (Ed. Plon). – ⁵«Le Figaro» 24. Oktober 1974. – ⁶«Express» (Sofres) 21. April 1975.